

## TOP 6 g) IHK-Positionspapier zur Energiepolitik



### 1. Inhaltliche Zusammenfassung

In zehn Punkten hat die IHK die wichtigsten Bereiche formuliert, in denen wir Ansätze sehen, die Transformation hin zu einer klimafreundlichen Energieversorgung zu unterstützen und zu beschleunigen. Adressiert werden sowohl Energieerzeugung, Energieinfrastruktur als auch Energienutzung. Neben Strom werden zudem auch weitere Energieträger wie zum Beispiel (grüner) Wasserstoff benannt.



### 2. Auswirkungen für die IHK-zugehörige Wirtschaft/Gründe für das Engagement der IHK

Die Abkehr von fossilen Energieträgern bedeutet eine komplette Transformation der Energieversorgung, wovon Wirtschaft und Bürger gleichermaßen betroffen sind. Vor allem die Unternehmen sind auf sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Planungssicherheit bei langfristigen Investitionen sowie ein Transformationspfad sind essentiell für den Wirtschaftsstandort.



### 3. Partizipation

Der Fachausschuss Energie und Umwelt hat sich vom 13. bis 20. Juni 2023 mit dem ersten Entwurf befasst. Die Rückmeldungen wurden eingearbeitet. Über das IHK-Beteiligungsportal wurde der zweite Entwurf vom 28. Juni bis 4. Juli 2023 allen Mitgliedern der IHK-Würzburg-Schweinfurt zur Stellungnahme vorgelegt. Eingehende Rückmeldungen wurden berücksichtigt.



### 4. Beschluss

Die Vollversammlung der IHK Würzburg-Schweinfurt beschließt das IHK-Positionspapier zur Energiepolitik als Grundsatzposition.

Würzburg, 20. Juli 2023

IHK Würzburg-Schweinfurt



Caroline Trips  
Präsidentin



Dr. Sascha Genders  
Hauptgeschäftsführer

## IHK-Position zur Energiepolitik

Die Abkehr von fossilen Energieträgern bedeutet eine komplette Transformation der Energieversorgung, wovon Wirtschaft und Bürger gleichermaßen betroffen sind. Vor allem die Unternehmen sind auf sichere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. In zehn Punkten hat die IHK die wichtigsten Bereiche formuliert, in denen wir Ansätze sehen, diese Transformation zu unterstützen und zu beschleunigen.

### 1. Erneuerbare Energien ausbauen

Der Ausstieg aus den konventionellen Energieträgern muss schnellstmöglich kompensiert werden. Das Energieangebot muss aus Gründen der Versorgungssicherheit immer dem Verbrauch angepasst sein. Durch neue Technologien wie Elektromobilität und Wärmepumpen, die Elektrifizierung vieler betrieblicher Prozesse sowie die zunehmende Digitalisierung und zunehmenden Klimatisierungsbedarf wird der Stromverbrauch künftig steigen. Dafür ist es essenziell, dass die Stromerzeugung über erneuerbare Energien wie Wind, Sonne, Wasser oder in angemessenem Umfang auch Biomasse schnell steigt. Aber auch erneuerbare Wärme (z.B. Geothermie) muss gefördert werden. Für eine ausreichende Beschleunigung der Transformation muss gleichzeitig die Energieeffizienz von Fertigungsprozessen und industrieller Infrastruktur deutlich verbessert werden. Wir schlagen daher folgendes vor:

- a. Das Repowering auf bestehenden Standorten sowie der Betrieb und die effiziente Weiternutzung von Bestandsanlagen nach Auslaufen der post-EEG-Übergangsförderung müssen langfristig wirtschaftlich möglich sein.
- b. Um den Ausbau erneuerbarer Energietechnologien auf regionaler Ebene zu stärken, müssen so bald wie möglich planungsrechtlich ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden, dies gilt für das 2%-Ziel Windkraft, aber auch für andere erneuerbare Technologien, wie Geothermie oder (Freiflächen-) Photovoltaik. Die so genannte 10 H-Regelung sollte abgeschafft werden. Konflikte (z.B. Denkmalschutz vs. PV) müssen aufgelöst werden.
- c. Power Purchase Agreement (PPA) und marktbasierende Geschäftsmodelle außerhalb der EEG-Förderung müssen gestärkt werden. Auch sollte es möglich sein, für selbst erzeugten erneuerbaren Strom grüne Herkunftsnachweise zu generieren, um die Vermarktung zu unterstützen.
- d. Konsequente politische und verwaltungsrechtliche Unterstützung für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf allen Ebenen ist dringend geboten.

### 2. Genehmigungsverfahren beschleunigen

Die Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden (bis hin zur Genehmigungsfiktion), Handlungshilfen und Verwaltungsvorschriften erleichtern die Genehmigungspraxis. Durch Standardisierung und Digitalisierung können Genehmigungsprozesse verschlankt werden. Die Einrichtung eines One-Stop-Shops für Anträge, einer Stelle, an der Zuständigkeiten gebündelt werden, erscheint sinnvoll. Naturschutzrechtliche Vorgaben müssen vereinfacht werden. Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz müssen aufgelöst werden.

### 3. Bürokratie abbauen

Berichts- und Dokumentationspflichten im Bereich der (europäischen) Energie- und Klimapolitik sollten gebündelt und reduziert werden.

Die regulatorischen Hürden, um Unternehmen als Marktteilnehmer zu gewinnen müssen abgebaut werden (Bsp. Eigenerzeugung, Direktlieferverträge etc.).

Regelungen für öffentliche Ausschreibungen anpassen und erleichtern. Öffentliche Hand muss Vorbildfunktion ausüben können.

#### **4. Kosten senken**

Der Strompreis sowohl für Industrie als auch Gewerbe in Deutschland ist einer der Höchsten Europas. Um am Markt wettbewerbsfähig zu bleiben, ist die Wirtschaft auf bezahlbare Energiepreise angewiesen. Daher bedarf es weiterer Entlastungen des Strompreises. So können neben der EEG-Umlage weitere Umlagen aus dem Bundeshaushalt bestritten werden (z.B. KWK-Umlage). Ebenso kann die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Minimum reduziert werden.

#### **5. Wasserstoffwirtschaft ankurbeln**

Klimaneutralität kann nur durch große Mengen grünen Wasserstoff (H<sub>2</sub>) zu wettbewerbsfähigen Preisen gelingen.<sup>1</sup> Dafür wird die Region auf Importe angewiesen sein. LNG-Ausbauprojekte (insb. Floating Storage and Regasification Unit; FSRUs) inkl. Anbindung an Fernleitungsnetze im für effiziente Sicherung der Gasversorgung erforderlichen Umfang müssen zügig fertiggestellt werden. Die Gasnetze müssen für die Beimischung bzw. perspektivisch für 100 Prozent Wasserstoff ertüchtigt werden. Es macht volkswirtschaftlich keinen Sinn, neue Wasserstoffnetze zu bauen und dafür das bestehende Gasnetz stillzulegen. Für den Umbau notwendige Regulierungen sollten so schnell wie möglich erarbeitet werden. In der Frage der Wasserstoff-Farbe müssen Übergangszeiträume berücksichtigt werden. Zudem brauchen regionale Pilotprojekte umfangreiche politische Rückendeckung und Förderung.

#### **6. Infrastruktur schnellstmöglich ausbauen**

Um den Strom von den Erzeugungszentren vor allem in Deutschlands Norden in unserer Region zu transportieren, braucht es einen zügigen Ausbau der Übertragungsnetze. Aber auch die Verteilnetze müssen für die Anforderungen durch volatile Einspeisung fit gemacht werden. Eine strategische Ausbauplanung der Verteilnetze unter Einbeziehung der geplanten erneuerbaren Energien ist notwendig. Planungs- und Genehmigungsverfahren für den zügigen Übertragungs- und Verteilnetzausbau sollten vereinfacht und beschleunigt werden (derzeit gut 10 Jahre). Weiterhin bedarf es uneingeschränkter Unterstützung auf allen politischen und verwaltungsrechtlichen Ebenen.

Der Netzausbau muss zudem mit dem Ausbau der Stromerzeugung besser synchronisiert werden, damit es nicht weiter zu Verzögerungen z.B. beim Anschluss von Erzeugungsanlagen kommt. Die Vorteile der Digitalisierung müssen gehoben werden. Die Netzentwicklungspläne Strom und Gas (mit Wasserstoff) sollten integriert gedacht werden Gasnetze müssen H<sub>2</sub>-ready ausgebaut werden.

Im Wärmebereich sollten Nahwärmenetze stärker gefördert werden.

#### **7. Unverhältnismäßige Markteingriffe vermeiden**

Zu einem funktionierenden Markt gehören Preissignale, die Entscheidungen z.B. in den Ausbau vor Energieträgern, Speichern etc. beeinflussen. Eingriffe in einen funktionierenden Markt, die auf Grund von Notfall- oder Engpasssituationen getätigt werden (z.B. Erlösabschöpfung, Preisobergrenzen etc.), sollten möglichst gering, zeitlich begrenzt sowie EU-weit harmonisiert erfolgen.

Die Aufteilung der einheitlichen Stromgebotszone in Deutschland widerspricht den Interessen

---

<sup>1</sup> Es gibt vereinzelte Stimmen, die dem Wasserstoff eine nicht so große Bedeutung zuweisen und daher auf weitgehende und schnellstmögliche Elektifizierung der Prozesse setzen.

der bayerischen Wirtschaft und ist unter allen Umständen zu vermeiden.<sup>2</sup> Der Standort Süddeutschland würde mit hoher Wahrscheinlichkeit mit höheren Strompreisen belastet. Dem entgegenwirken kann nur die Erweiterung des Stromangebots in Süddeutschland durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Ausbau der Übertragungskapazität durch den Netzausbau.

#### **8. Speicher und Speichertechnologien diskriminierungsfrei fördern**

Energiespeicher flankieren den Ausbau der erneuerbaren Energien und können helfen, das Stromnetz zu stabilisieren. Dabei ist es zunächst unerheblich, in welcher Form die Energie gespeichert wird. Für verschiedene Anforderungen stehen unterschiedlichste Speichertechnologien zur Verfügung (Batteriespeicher, Thermische Speicher, Pumpspeicher, Wasserstoffspeicher etc.). Da Speicher zwar essentielle Aufgaben erfüllen, jedoch oft wirtschaftlich (noch) nicht darstellbar sind, sollten Förderbedarfe für Speicher gerade im betrieblichen Kontext geprüft werden. Zudem muss es Netzbetreibern möglich sein, Speicher zu betreiben („Netzbooster“).

#### **9. Effizienz steigern**

Die Effizienz von Energieprozessen sind durch energetische Gesamtoptimierungsmaßnahmen zu steigern. Darunter fallen die verstärkte und kaskadierte Nutzung von industrieller Abwärme, die Umsetzung integraler Energiekonzepte zur Erschließung von Synergieeffekten sowie Umsetzung von Effizienzmaßnahmen in den Bereichen Produktion, Logistik/ Verkehr und Immobilienbestand.

#### **10. (Regionale) Energiepartnerschaften fördern und ausbauen**

Der Ausbau der erneuerbaren Energien gelingt nicht ohne unternehmerisches Kapital. Die Preise für Stromerzeugung sind bereits jetzt konkurrenzfähig, so dass erneuerbare Erzeugungsanlagen auch ohne staatliche Förderung gebaut werden können. Oft sind es Unternehmen, die auf der Suche nach längerfristig kalkulierbaren Strompreisen solche Energiepartnerschaften mit Betreibern von Erzeugungsanlagen suchen. Der PPA-Markt steht noch am Anfang und ist aufgrund seiner Komplexität bisher eher großen Unternehmen vorbehalten. Ziel sollte es sein, diesen Markt auch für mittelständische Unternehmen und weitere Akteure zu öffnen, wofür der Staat durch Förderung und Regelssetzung einen Anreiz schaffen sollte. Solche Partnerschaften können so ausgestaltet sein, dass die Wertschöpfung zu einem großen Anteil in der Region verbleibt.

Um die Partizipation, Akzeptanz und Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen können auch Erleichterungen beim Konzept des Energy sharing sinnvoll sein, wie in dem Entwurf der EU-Kommission zur „Verbesserung der Gestaltung der Elektrizitätsmärkte in der EU“ vom 14.3.2023 angesprochen.

Stand 4.7.2023

---

<sup>2</sup> Vereinzelt Stimmen sehen in regionalen Strombörsen einen Vorteil auf Preissignale besser reagieren zu können und den Netzausbau auf ein Minimum reduzieren zu können.